

Als Unternehmer wünsche ich mir für Österreich eine Migrationspolitik, die....

... jenen Respekt, den die Wirtschaft ihren Kunden und Arbeitskräften außerhalb Österreichs zollt, in allen Lebensbereichen spürbar macht. Kleingeist und Protektionismus haben uns nie weiter gebracht. Und das „gallische Dorf“ ist als Lebensmodell schon in der Römerzeit ausgestorben.

Roland Graf, Generalsekretär Wirtschaftsforum der Führungskräfte (WdF)



... das Wort Migrant nicht als Synonym für Ausländer – behaftet mit negativen Eigenschaften und Vorurteilen – versteht. Österreich ist auf die klügsten Köpfe und die Willensstärke der Migranten angewiesen. Man sollte Migranten nicht nach dem Glauben, Herkunftsland und der Kultur unterscheiden, sondern als Menschen sehen, die das Ziel verfolgen, einen Platz in der Gesellschaft und im wirtschaftlichen Leben einzunehmen und einen Beitrag zu leisten.

Birol Kilic, Geschäftsführer des Neue Welt Verlags



... zukünftig jene Menschen aus dem Ausland anspricht, die gut zu unserer Wirtschaft und Gesellschaft passen. Dazu brauchen wir eine Migrationspolitik, die Zuwanderung nicht geschehen lässt, sondern gestaltet. Aus meiner Sicht lässt sich das nur über ein kriteriengeleitetes Zuwanderungsmodell erreichen.

Veit Sorger, Präsident der Industriellen Vereinigung



... menschliche Aspekte der Migranten, also auch die gezielten wirtschaftlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse des Einwanderungslandes berücksichtigt. Eine gezielte Migration von Fachkräften ist auch zukünftig notwendig. Durch klare Bestimmungen und eindeutige Rahmenbedingungen sollte eine zügige Abwicklung der Verfahren möglich werden.

Margarete Kriz-Zwittkovits, Präsidentin des Österreichischen Gewerbevereins



... den Wirtschaftsstandort stärkt. Historisch gesehen war Österreich immer ein Zuwandererland und hat viel davon profitiert. Die Migrationspolitik sollte strategisch den jeweiligen Bedarf orten und gezielt decken. Dazu sind breit angelegte Fördermaßnahmen zur Integration der Migranten unabdingbar.

Gabriele Zuna-Kratky, Direktorin Technisches Museum Wien



... die Arbeitsmarktansprüche unseres Landes mit den Potenzialen und Kompetenzen von Migrantinnen/Migranten in Einklang bringt. Mir erscheint die Vielfalt unserer Gesellschaft zukunftsreicher als die Einfalt von Migrationskonzepten aus politischem Kalkül.

Othmar Hill, Gründer von HILL International



... integriert und nicht vorverurteilt und polarisiert! Österreich ist ein Exportland, wir sind auf ausländische Märkte angewiesen. Wie wir uns im Ausland verhalten, so wollen wir auch, dass sich Migranten in Österreich verhalten. Dazugehören heißt: Sprache, Kulturverständnis und Umgangsformen lernen.

Johannes Gutmann, Gründer und Chef von Sonnentor



... engagierten Menschen, die sich bei uns eine Zukunft aufbauen wollen, gerechte Chancen gibt. Wir stehen vor einer demografischen Zeitenwende. Daher brauchen wir Zuwanderer, damit unser Arbeitsmarkt nicht austrocknet und Wachstum und der Erhalt unseres Sozialsystems sichergestellt werden können.

Hannes Androsch, Industrieller.



... für alle funktioniert, damit wir respektvoll und fair miteinander leben können. Integration muss aber auch aktiv gelebt werden, denn die Wirtschaft ist auf Migranten angewiesen. Ich könnte meine Weine nicht ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland machen. Unternehmer sollten denen, die Leistungsorientiert sind, faire Aufstiegschancen bieten.

Willi Opitz, Winzer



... von Respekt, Menschenwürde und Toleranz gegenüber den Mitarbeitern bestimmt und förderlich für die Entwicklung der Unternehmen beziehungsweise der Volkswirtschaft ist.

Hans Staud, Konfitürenhersteller



... einerseits den langjährigen, offenen und liberalen Haltungen unseres Landes und Wirtschaftsstandortes entspricht und die andererseits unser dynamisches Unternehmen in der ständigen Suche nach qualifizierten, ambitionierten Mitarbeitern unterstützt.

Peter Neubauer, Vorsitzender der Geschäftsführung der PayLife Bank



... eine qualifikationsorientierte Zuwanderung erlaubt und nicht die bisher geltende Quotenregelung beibehält. Canada und Australien können als Beispiele gelten.

Claus Raidl, Generaldirektor Böhler-Uddeholm



Chancen ausbrüten

Überalterung und zunehmender Mangel an qualifizierten Arbeitskräften fordern längst eine zeitgemäße Zuwanderungspolitik. Doch wieso zaudert die Politik im Rennen um qualifizierte Fachkräfte?

Märchen werden gemeinhin nicht wahr, auch wenn sie unentwegt vorgetragen werden. So verhält es sich auch bei der Geschichte des bösen Ausländers, der den Inländern den Arbeitsplatz wegnimmt und den Sozialstaat ausnützt. Werfen wir also einen Blick auf die Fakten: Zuwanderung führt nicht zu einer Verdrängung am Arbeitsmarkt, sondern sichert den Standort, die Wettbewerbsfähigkeit und somit Arbeitsplätze. Gezielte Zuwanderungs- und Integrationsmaßnahmen könnten sogar dafür sorgen, dass sich das Bruttoninlandsprodukt in den kommenden 40 Jahren um zehn Prozent erhöht. Zudem ist Migration ein Faktor zur Sicherung der Alterspension. Ohne Zuzug aus dem Ausland gäbe es schon im Jahr 2025 um ein Viertel weniger junger Menschen im Alter von 20 bis 24 Jahren.

Die genannten Punkte sind allesamt keine Märchen, sondern Ergebnisse aktueller wissenschaftlicher Studien. Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache, doch Österreich navigiert in seiner Zuwanderungspolitik noch immer irgendwo zwischen erfolgreichen Zuwanderungsländern und vollkommener Abschottung. Besonders im Licht der bevorstehenden Wiener Gemeinderatswahl, in der das Thema Migration alles andere als sachlich diskutiert wird, stellt sich die Frage: Was läuft falsch in unserem Land?

Mutlose Politik

„Was uns fehlt, ist ein zielgerichtetes Modell, das uns qualifizierte Zuwanderung beschert, welche die Wirtschaft

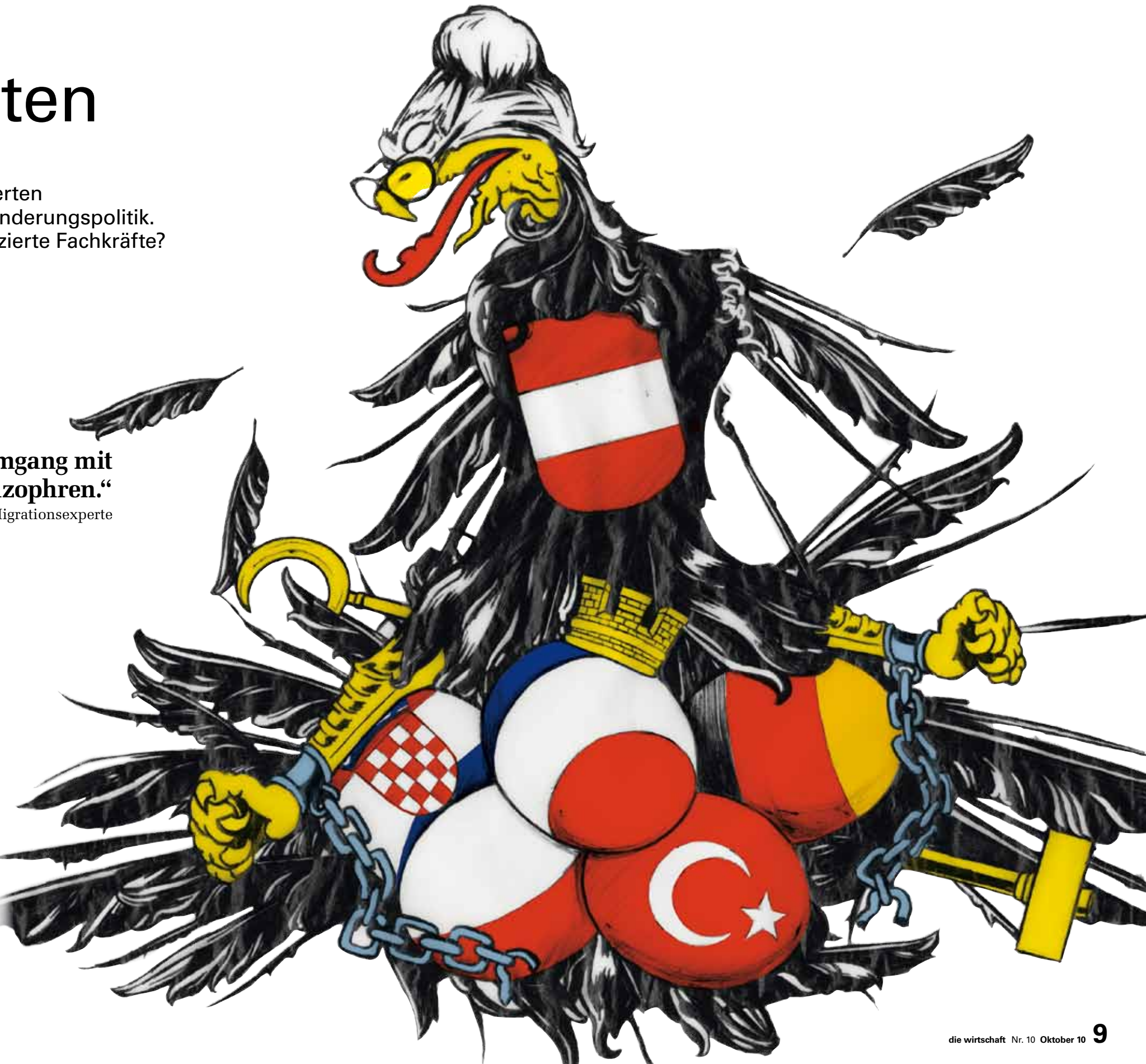
braucht. Momentan wurschteln wir uns nur durch“, fordert Martin Gleitsmann, Leiter der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit der WKO, schnelles Handeln ein. Während in der Wirtschaft und weiten Teilen der Gesellschaft die Notwendigkeit einer gezielten Zuwanderung längst

„Österreichs Umgang mit Zuwanderung ist schizophren.“

Kenan Güngör, Soziologe und Migrationsexperte

erkannt wurde, herrscht in der Politik weitgehend Mutlosigkeit. „Es ist grotesk, dass eine Oppositionspartei einen Großteil der Themenführerschaft inne hat und mit Angst besetzt“, analysiert der Soziologe und Migrationsexperte Kenan Güngör die Wahlkämpfe in Wien und der Steiermark sowie den Einfluss der FPÖ auf die Bundespolitik und fügt hinzu: „Unser Umgang mit Zuwanderung ist schizophren. Einerseits sagen wir: Kommt rein, wir brauchen euch. Auf der anderen Seite heißt es: Wir wollen euch nicht hier haben.“ Doch welche Zuwanderung brauchen wir?

Zunächst wäre weniger Aufregung angebracht. Denn der größte Zuwanderungsbrocken ist EU-Binnenmigration (siehe Statistik, Seite 10) und aufgrund der individuellen Niederlassungsrechte in der Union ohnedies kaum steuerbar. Was angesichts des europaweiten Mangels an Fachkräften an Bedeutung gewinnt, ist somit die Zuwanderung aus Drittstaaten. Dabei handelt es sich einerseits um Saisonarbeiter,





deren Aufenthalt per Arbeitsvisum auf sechs Monate begrenzt ist sowie um sogenannte Schlüsselarbeitskräfte, deren Zahl über eine Quote limitiert ist und die derzeit strengen Bestimmungen unterliegen.

Ungewünschte Experten?

Gesucht werden hochqualifizierte Arbeitskräfte wie Ali Akcaglayn. Der 28-Jährige spricht Türkisch, Deutsch sowie Englisch fließend und ist mit seinem über ein Studentenvisum in Wien erworbenen Universitätsdiplom in Wirtschaftsinformatik eigentlich einer jener Jungakademiker, bei denen sich Personalchefs alle zehn Finger lecken – wäre nicht sein türkischer Reisepass. Obwohl der österreichische Staat ihm nämlich das Studium finanzierte, bekommt der 28-Jährige keine Arbeitsbewilligung. Denn um als Schlüsselarbeitskraft zu gelten, muss nicht nur nachgewiesen werden, dass der Arbeitsplatz mit keinem Inländer besetzt werden kann, sondern auch ein Mindestgehalt von 2.500 Euro monatlich garantiert sein. Für viele Studienabgänger stellt dies gleich zum Karrierebeginn eine unnehmbare Hürde dar.

Monika Kircher-Kohl, CEO des Halbleiterherstellers Infineon-Österreich, kennt solche Fälle nur zu gut aus ihrem Unternehmen und kann aufgrund der volkswirtschaftlichen Absurdität nur den Kopf

schütteln: „In anderen Ländern tut man alles, um diese Menschen anzuwerben. Österreich versucht aber scheinbar, die teuer ausgebildeten Arbeitskräfte wieder loszuwerden.“

Doch nicht nur bei den Hochqualifizierten drückt in der heimischen Zuwanderungspolitik gehörig der Schuh. „In der politischen Diskussion wird allzu gerne über jene wenigen Spitzenkräfte gesprochen, die das Land braucht, weil es hier

über Zuwanderung zu füllen wären. „In einzelnen Branchen ist es bereits so weit, dass Aufträge nicht angenommen werden können und sich Unternehmen überlegen müssen, ob sie sich einen neuen Standort suchen müssen, wo die Rahmenbedingungen passen“, zeichnet Gleitsmann ein wenig erbauendes Bild. Die derzeitigen Zuwanderungsbestimmungen seien zu streng, um solche Kräfte ins Land zu holen. So wird die vom Wirtschaftsminister fest-

„Die meisten Experten erwarten etwa 20.000 Zuwanderer vom Wegfall der Schranken für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Staaten.“

Martin Gleitsmann, WKO

am wenigsten Gegenstimmen gibt“, meint Migrationforscher Güngör. Tatsächlich ergibt sich aber schon in unmittelbarer Zukunft ein akuter Mangel in Pflege- und Handwerksberufen, wie Gleitsmann von der WKO betont. Laut Studien der Wirtschaftskammer fehlen in den kommenden fünf Jahren neben 5.000 hochqualifizierten Technikern auch rund 10.000 diplomierte Krankenpfleger, 18.000 Elektroinstallateure und 12.000 Schweißer. Lücken am Arbeitsmarkt, die durch gezielte Bildungsmaßnahmen im Inland, aber eben auch

gelegte Quote für Schlüsselarbeitskräfte von einigen Tausenden Arbeitsplätzen jährlich trotz Bedarfs derzeit nur zu einem Drittel ausgeschöpft.

Im Osten nichts Neues

Vom Wegfall der Schranken für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Staaten 2011 erwartet sich Gleitsmann keine gravierende Entspannung der Lage: „Die meisten Experten gehen in den ersten beiden Jahren von etwa 20.000 Zuwanderern aus, wohl eher aus den weniger qualifizierten Berei-

chen.“ Politisch steht dennoch ein brisanter Herbst an. Zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping will Sozialminister Rudolf Hundstorfer ein Gesetz vom Ministerrat beschließen lassen, das derzeit kontrovers diskutiert wird. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung kritisieren zu große bürokratische Hürden für Unternehmer und fehlende Durchschlagskraft. Die Arbeitnehmervertreter argumentieren dagegen, dass ein strenges Regelwerk notwendig ist, um zu verhindern, dass Firmen aus dem EU-Ausland aufgrund der dortigen niedrigen Lohnkosten das Lohnniveau in Österreich senken. Infineon-CEO Kir-



cher-Kohl plädiert hier für einen pragmatischen Weg: „Die Sorge von Gewerkschaft und Arbeiterkammer ist berechtigt. Wer aber behauptet, dass wir von Billigarbeitern überschwemmt werden, ignoriert die Realität. Für unseren Bedarf und jenem vieler anderer Unternehmen wird die Ostöffnung jedenfalls kaum Arbeitskräfte bringen.“

Gezieltes Anwerben

Bleiben also die gezielte Ausbildung im Inland, eine optimale Nutzung der vorhandenen Humanressourcen und Fach-

kräfte aus Drittstaaten, um den wieder aufkeimenden Hunger des heimischen Arbeitsmarktes stillen zu können. Doch wie muss eine gelingende Migrationspolitik aussehen?

Recht wenig zu erwarten ist von der seit Jahren propagierten Blue-Card, die Fachkräfte aus Drittstaaten ab Mitte 2011 in die EU holen soll. „Zu kurze und auf Nationalstaaten begrenzte Geltungen kombiniert mit sehr hohen Mindesteinkommen, die über dem Eineinhalbfachen des Durchschnittseinkommen liegen müssen, machen die Blue-Card sehr unattraktiv“, prognostiziert Margit Kreuzhuber, Integrationsexpertin der WKO.

Einen Tipp für eine anstehende Neuregelung der Zuwanderungsgesetze Österreichs hat Integrationsexperte Güngör parat: „Es geht um eine kluge Form des Kommunizierens von begründeten Erwartungen. In einer Solidargesellschaft muss jeder seinen Teil leisten, bekommt aber auch etwas zurück. Diese Botschaft muss bei den Zuwanderern und Einheimischen ankommen.“ Die Realität sieht derzeit noch anders aus. Es fällt schon schwer, überhaupt offizielle Informationen über Zuwanderung zu bekommen: Eine Internet-Suchabfrage zu „Austria“ und „Immigration“ liefert schlichtweg kein brauchbares Ergebnis.

„Ein eigener Webauftritt wäre der erste Schritt. Wir müssen potenzielle Zuwanderer gezielt ansprechen, wie es andere Länder schon längst tun und auch in den Herkunftsländern Informationsarbeit leisten“, fordert Gleitsmann. Derzeit rangiert Österreich in einer OECD-Studie hinsichtlich des Bildungsgrades seiner Migranten an letzter Stelle. Nur etwas mehr als jeder zehnte Zuwanderer verfügt in Österreich über einen Hochschulabschluss. In Kanada ist es vergleichsweise jede dritte nicht im Land geborene Person. Um diesen Wettbewerbsnachteil schnellstmöglich aufzuholen wird in Österreich seit Jahren über eine Rot-Weiß-Rot-Card diskutiert. Sie soll die Zuwanderung auf zeitgemäße Beine stellen und der Wirtschaft die dringend benötigten Fachkräfte verschaffen.

Der kanadische Weg

Politiker verschiedener Lager, Wissenschaftler sowie Vertreter aus Wirtschaft und Industrie plädieren seit geraumer Zeit für ein kriteriengeleitetes, proaktives Zuwanderungsmodell, das auf einem Punktesystem beruht und im Grunde eine Adaption des kanadischen Modells darstellt. Für Qualifikationen und Sprachkenntnisse aber auch für Faktoren wie Alter und Familiensituation werden Punkte vergeben. Abhängig vom Bedarf am Arbeits-

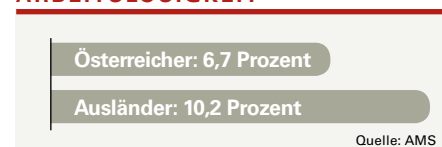
ZUWANDERUNG 2009*



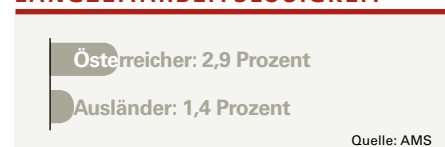
ÜBERQUALIFIZIERTE BESCHÄFTIGTE



ARBEITSLOSIGKEIT



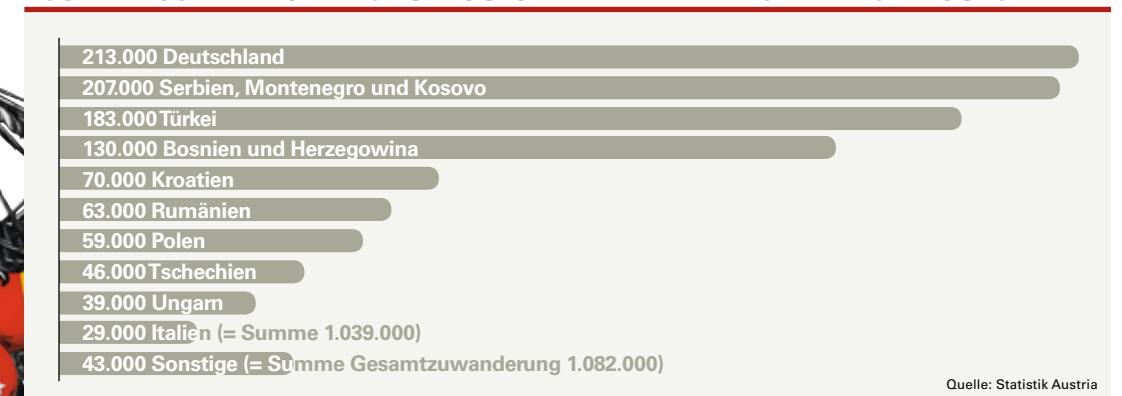
LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT



FORMEN DER ZUWANDERUNG*



AUSLÄNDISCHE BEVÖLKERUNG INSGESAMT VERTEILT NACH HERKUNFTSGRUPPEN



markt wird über das Erreichen einer bestimmten Punktezahl die Zuwanderung geregelt werden. Entgegen der Forderung von Innenministerin Maria Fekter dürften beim Punkte-Modell vor dem Zuzug vorhandene Deutschkenntnisse keine Grundvoraussetzung sein. „Wir brauchen einen Steuerungsmechanismus. Wenn sich

Arbeitsmarkt oder demografische Kriterien ändern, muss sich auch das Punktesystem ändern“, ergänzt Gleitsmann. Grundpfeiler des Modells sind die gezielte Anwerbung, umfassende Information und Beratung, die Erleichterung der bisweilen noch sehr beschwerlichen Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und gezielte Förderungen durch Integrationsmaßnahmen.

KOMMENTAR Anton Pelinka



ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, der Central European University in Budapest und leitet das Institut für Konfliktforschung in Wien.

Politik der Angst

Österreich hat, Österreich braucht Zuwanderung. Doch die österreichische Politik behandelt Zuwanderung immer nur unter dem Aspekt entweder der Caritas oder der Sicherheit. Das eine Motiv ist ehrenwert, aber unzureichend. Das andere ist verfehlt. Denn es liegt im österreichischen Interesse, gut ausgebildete Fachkräfte ins Land zu lassen, ja, ins Land zu holen.

Österreichs Politik versäumt seit Jahrzehnten die Chance, Zuwanderung zu steuern. Dass nicht alle kommen können, die dies wollen, ist klar. Dass aber Krankenschwestern und Techniker und Facharbeiter gebraucht werden, liegt auf der Hand. Warum ist es daher nicht möglich, eine rationale Migrationspolitik durchzusetzen?

Das hat vor allem mit Ängsten zu tun. Angst hat Ursachen: Die Angst des schlecht ausgebildeten Pflichtschulabsolventen vor Zuwanderern, von denen er annimmt, dass sie für weniger Lohn mehr zu arbeiten bereit sind, ist real. Und weil sie das ist, kann Angst politisch instrumentalisiert werden.

Zur Demokratie gehört, Stimmen zu maximieren: Nur wer gewählt wird, kann politisch gestalten. Was zu kurz kommt, das ist das Denken über den nächsten Wahltermin hinaus. Der österreichischen Politik fehlt es an Nachhaltigkeit. Weil immer nur kurzfristig gedacht und gehandelt wird, geht langfristig gesellschaftliche Qualität verloren.

anton.pelinka@ikf.ac.at

Brachliegendes Humankapital

Migrationsforscher Güngör hält ein derartiges Konzept begrüßenswert, kritisiert jedoch, dass zu wenig Aufmerksamkeit auf das vorhandene Potenzial von bereits in Österreich lebenden Zuwanderern gelegt wird. Asylanten wird beispielsweise trotz Aufenthaltstitel die Ausübung einer Erwerbsarbeit verwehrt: Ausnahmen sind lediglich gemeinnützige oder geringfügige Hilfsarbeiten sowie Prostitution! Von sämtlichen im Ausland geborenen Arbeitskräften ist jeder Vierte für seine Tätigkeit überqualifiziert. Der Taxifahrer mit Universitätsdiplom ist auf den heimischen Straßen noch immer anzutreffen. Grund ist manchmal die fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen Diplomen. In den meisten Fällen liegt es aber schlichtweg am fehlenden sozialen Netzwerk, um einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

Wege der Integration

Hier setzt das Projekt Mentoring für MigrantInnen an. Zuwanderern werden dabei Personal-Coaches zur Verfügung gestellt, die bei der Suche nach einem ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz helfen und das nötige Know-how für den Arbeitsmarkt vermitteln. In mehr als 300 Betreuungen des seit 2008 in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und der Steiermark bestehenden Projektes gelang es jedem dritten Mentee, während des Coachings eine Arbeit zu finden. Letztendlich profitieren vom Projekt Zuwande-

rer gleichermaßen wie Unternehmen, die von deren Sprachkenntnissen und Auslandserfahrungen Vorteile ziehen können. Dass Multikultur größtenteils Vorteile hat, weiß auch Infineon-Chefin Kircher-Kohl, die Mitarbeiter aus 40 Ländern mit 20 unterschiedlichen Sprachen beschäftigt und selbst einen Teil ihres Studiums in Mexiko verbrachte: „Je früher wir lernen, mit anderen Kulturen umzugehen, desto erfolgreicher sind wir auch im Umgang mit internationalen Geschäftspartnern. Wer das Fremde nicht kennt, der mag zuerst mal Angst haben. Diese Angst zu nehmen ist unsere gesellschaftliche Pflicht.“

Vorhandene Ängste abbauen will auch Brigitte Lendl. Als Leiterin des Projekts Xchange arbeitet sie mit prominenten Zuwanderern wie dem Publizisten Paul Lendvai, Ex-Staatsoperndirektor Ioan Holender oder Fußballstar Veli Kavlak, die direkt mit Schülern in Dialog treten: „Wir machen laufend die Erfahrung, dass sowohl Jugendliche aus Zuwandererfamilien als auch österreichische Schüler unsere Botschafter als Vorbilder betrachten.“ Von Angst ist bei der Jugend also keine Spur bemerkbar.

Nun wäre es auch an der Zeit, dass die Politik ihre Zögerlichkeit verliert und den Weg frei macht für eine Zuwanderungspolitik, die den Bedürfnissen und der Stellung eines führenden Industriestaates entspricht.



Die Hauptschule am Bahnhof wurde generalsaniert.



Florian Fischer geht den zweiten Bildungsweg.



Mag. Ursula Zewell wird sich ihren Traum vom Haus am See erfüllen.



Das Sonderpädagogische Zentrum wird neu errichtet.



Die Kläranlage Glasing wurde erweitert.



Adrian Stamboli profitiert vom Gratis-Konto für Polizeischüler.



Familie Visintainer freut sich auf ihr neues Eigenheim.



Das Schulzentrum Oberau wird komplett modernisiert.



Thomas Wurzer hat sämtliche Fenster und Türen erneuert.



Die Haussanierung spart Familie Hradil Heizkosten.



Die Bewohner des Altenheims genießen ihr renoviertes Zuhause.



11 von über 11.000 Erfolgsgeschichten, die wir mit der Kommunal- und Energiemilliarde sowie mit der Veranlagungs- und Ausbildungsoffensive ermöglichen konnten. Weil unser Erfolg der Erfolg unserer Kunden ist.

